

Ressort: Finanzen

Frankreich und Italien wollen weiter Staatsbeihilfen für Banken

Brüssel, 21.05.2014, 17:58 Uhr

GDN - Die EU wird ihr Versprechen, die Steuerzahler nicht mehr für finanzielle Schieflagen der Banken zur Kasse zu bitten, möglicherweise nicht einhalten: Insbesondere Frankreich und Italien wollten sich die Möglichkeit offenhalten, Banken mit Steuergeldern zu unterstützen, berichtet das "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf EU-Diplomaten. Eine "vorsorgliche" staatliche "Rekapitalisierung" von noch lebensfähigen Instituten müsse "erlaubt werden", heißt es in einem Papier des EU-Ausschusses für Finanzdienstleistungen (FSC), berichtet die Zeitung.

Dem FSC gehören hohe Beamte der Finanzministerien der Mitgliedstaaten an. Frankreich und Italien gehe es dabei um Kapitallücken, die beim bevorstehenden Stresstest zutage treten könnten. Die EU-Kommission und Deutschland halten dagegen. Sie bestehen darauf, dass Eigentümer und Gläubiger den zusätzlichen Kapitalbedarf der Banken decken. Staatsbeihilfen könnten nur noch in absoluten Ausnahmen, wie im Falle einer systemischen Krise, erlaubt werden. So ist es auch in der gerade beschlossenen EU-Richtlinie zur Bankenabwicklung vorgesehen. Nun drohe eine "signifikante Umgehung" dieser Regeln, befürchtet die EU-Kommission. Parlamentarier in Brüssel und Berlin sind über diese Entwicklung empört. "Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen zu dem stehen, was sie vorher beschlossen haben", sagte Europaparlamentarier Sven Giegold von den Grünen. "Die neuen europäischen Regeln zur Bankenaufsicht und zur Bankenabwicklung wurden geschaffen, um die Steuerzahler vor weiteren Risiken zu schützen. Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die Regelungen zur Gläubigerbeteiligung nun umgangen oder aufgeweicht würden", warnte Carsten Schneider, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-34935/frankreich-und-italien-wollen-weiter-staatsbeihilfen-fuer-banken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619